



Strebl: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen!

Berlin/ Dingolfing

Der Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl sprach im Deutschen Bundestag zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“. Obwohl die Arbeitsmarktsituation mit fast 43 Millionen Beschäftigten in Deutschland sehr positiv zu bewerten ist, stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit einigen Jahren bei einer Millionen Menschen. Langzeitarbeitslos ist, wer seit mindestens einem Jahr arbeitslos ist.

Strebl, der Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist, erklärte, dass der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland ist eine wichtige Herausforderung, der wir uns stellen müssen und werden. Er hob hervor, dass es die Aufgabe der Politik ist, zu verhindern, was häufig für ganze Familien gilt: Einmal Hartz IV, immer Hartz IV. Hier müssen die flankierenden Maßnahmen einsetzen, damit eine Arbeitsaufnahme nicht an mangelnder Kinderbetreuung scheitert. Er begrüßt deshalb das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, mit dem Langzeitarbeitslose insbesondere mit Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft besonders gefördert werden. Damit erhalten nicht nur die erwerbslosen Eltern eine gezielte Förderung, sondern es

Berlin, 27.05.2015

Matthäus Strebl, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de



dient auch dazu, das Vorleben von so genannten „Sozialhilfe-Karrieren“ weitestgehend zu reduzieren. Die Linken forderten in ihrem Antrag, die Errichtung eines auf Dauer angelegten öffentlich geförderten Arbeitsmarktes mit 200.000 Stellen. Öffentlich geförderte Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten seien, so Matthäus Strebl, eine sinnvolle Idee für Menschen, die Alltagsstrukturen wieder neu erlernen und an den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Gleichwohl dürfen öffentliche Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nicht in Konkurrenz und im Wettbewerb zu privaten Unternehmen stehen. Auch dürfen bestehende Arbeitsplätze nicht durch öffentlich geförderte Beschäftigung verloren gehen. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnte Matthäus Strebl auch deshalb ab, da sie nicht dargestellt hatten, wie sie ihr Programm überhaupt finanzieren wolle.